

Positionspapier der im Brandenburger Begleitausschuss vertretenen Partner zur Diskussion des mehrjährigen Finanzrahmens der EU

Die EU-Fonds sind entscheidend für das Erreichen gleichwertiger Lebensbedingungen, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Stärkung des ländlichen Raumes. Als Mitglieder des gemeinsamen Begleitausschusses der EU-Fonds in Brandenburg fordern wir eine Mittelverwaltung, die auf Subsidiarität, Partnerschaftlichkeit und Planbarkeit setzt.

1. REGIONALE BEDARFE ERFORDERN REGIONALE LÖSUNGEN – KEINE ZENTRALISIERUNG

Die geteilte Mittelverwaltung ist die Voraussetzung für eine partnerschaftlich organisierte Kohäsionspolitik – von der Planung bis zur Evaluation. Deshalb muss die geteilte Mittelverwaltung beibehalten werden. Regionale Herausforderungen lassen sich nur durch lokale Expertise und gewachsene Partnerschaftsstrukturen bewältigen. In Brandenburg verfügen wir über das notwendige Wissen, um Bedarfe passgenau zu identifizieren und zu adressieren. Eine Verlagerung der Mittelvergabe auf EU-Ebene oder nationale Ebenen gefährdet das Subsidiaritätsprinzip, reduziert die Wirksamkeit der Förderpolitik und untergräbt die gesellschaftliche Akzeptanz der EU-Politik.

2. PARTNERSCHAFTSPRINZIP WAHREN UND STÄRKEN – KEIN AUSSCHLUSS REGIONALER AKTEURE

Die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf nationale und überregionale Ebenen unterminiert das Partnerschaftsprinzip und erschwert die Beteiligung lokaler Akteure. Effektive Förderpolitik entsteht durch den Dialog zwischen EU, nationalen, regionalen und lokalen Partnern – nicht durch Zentralisierung. Unterstützende Begleitstrukturen müssen gestärkt werden und die Beteiligung der Partner muss verbindlich festgelegt werden.

3. SOZIALEN, TERRITORIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT IN DER EU – KEINE VERKNÜPFUNG MIT SACHFREMDEN REFORMEN

Die Kohäsions- und Agrarfonds sollen zum sozialen, territorialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der EU beitragen. Eine Verknüpfung mit sachfremden Reformen aus dem Europäischen Semester wird daher ihren Zielen nicht gerecht. Die immensen Transformationsaufgaben der EU erfordern eine stabile und verlässliche Finanzierung. Die Zusammenfassung mehrerer Förderbereiche in einem Single Fund birgt die Gefahr von Kürzungen und Umverteilungen, die wichtige Politikfelder finanziell schwächen. Im nächsten MFR müssen alle Politikbereiche mit ausreichend eigenständigen Budgets ausgestattet werden.

UNSERE FORDERUNGEN

- 1. Erhalt der geteilten Mittelverwaltung und Stärkung der regionalen Ebene**
- 2. Partnerschaftlichkeit statt Zentralisierung**
- 3. Keine Verknüpfung von EU-Fonds mit fachfremden Reformen**
- 4. Sichere und planbare Budgets für alle Politikfelder der Kohäsions- und Agrarpolitik**

Alle Forderungen im Detail finden sich in unserem umfassenden [Positionspapier zur Förderperiode ab 2028.](#)